

LOKALREDAKTION SCHRIESHEIM

Tel. Redaktion: 0 62 21 - 519 57 35
E-Mail: Schriesheim@rnz.de

- Stadt, 7-12, 13.30-17.30 Uhr Bürgerbüro
Bürgerbeauftragte, 10.15-12 Uhr
Pflegerstützpunkt, 13-15 Uhr
Kliba, 14-16 Uhr
Musikschule, 10-14 Uhr
Freiwillige Feuerwehr Schriesheim, 18 Uhr
ASS, 10-12 Uhr
MGV Eintracht Schriesheim, 16.30-17 Uhr
MGV Lyra Schriesheim, 20 Uhr
Sängerkor Ursenbach, 20 Uhr
KSV Taekwondo, 17-18 Uhr
TV Altenbach, Ninja Warrior Kids
CDU, 19 Uhr
Katholische Kirchengemeinde Schriesheim, 10 Uhr
Evangelische Kirchengemeinde Schriesheim, 7.45 Uhr
Evangelische Johannesgemeinde Altenbach, 15.30 Uhr
Café Drehscheibe, 14.30-17.30 Uhr



Gedenken an die Reichspogromnacht

Schriesheim. (h6) Seit zwei Jahren gedenken regelmäßig rund 300 Schriesheimer am Stadtbrunnen (Anton-Geiß-Platz) der Reichspogromnacht des Jahres 1938. Dar- aus entstand die Initiative „Gemeinsam für Demokratie“, die seither zwei Demokratie- feste und im Januar 2024 eine große Demo organisiert hat. Auch in diesem Jahr gibt es eine Gedenkveranstaltung – und zwar am Samstag, 8. November, um 18 Uhr (also einen Tag vor dem eigentlichen Gedenktag am 9. November, aber das ist ja in Schriesheim der Tag des Bürgerentscheides). Beginn ist um 18 Uhr mit einem Musik- stück, das Schüler des Kurpfalz-Gymna- siums spielen; es folgt eine kurze Ansprache der Initiative „Gemeinsam für Demokratie“; dann verlesen Gymnasialisten die Namen der Schriesheimer NS-Opfer; Pfarrer Klaus Müller hält – wie bereits im letzten Jahr – die Hauptrede. Nach vor dem musikalischen Abschiedsgruß der Schüler können die Be- sucher die Kerzen anzünden. Diese werden am Brunnen abgestellt – was immer ein ein- drucksvolles Bild ergibt. Archivfoto: Dem

Flugsicherheit contra Windräder?

Es gab zunächst Bedenken wegen des Landeanflugs auf den Mannheimer Flughafen, daraufhin wurde die Zahl der Anlagen halbiert

Von Micha Hörnle

Schriesheim. In der Debatte um den Windpark am Weißen Stein hört man manch- mal, dass die Flugsicherung gegen Wind- räder auf dem Hügel ist, weil die in der Ein- flugschneise des Mannheimer Flughafens liegen würden. Oder zugespielt gefragt: Wird am Ende über einen Windpark ab- gestimmt, der gar nicht kommen wird, weil die Deutsche Flugsicherung (DFS) ihr Ve- to dagegen einlegt?

Ganz so einfach ist es nicht. Aber tat- sächlich gibt es von der DFS ein Gutachten, wie das Regierungspräsidium Stuttgart – es ist die für Flugsicherheit zuständige Be- hörde für ganz Baden-Württemberg – auf RNZ-Anfrage bestätigt. Es ist zwar nicht öffentlich, aber immerhin bestätigt eine Behördensprecherin, dass die DFS emp- fohlen hat, auf bestimmte Standorte potenzi- eller Windräder zu verzichten. Konkret, so steht es auch in der Info-Broschüre der Kommunen Schriesheim und Dossenheim, geht es um vier Windräder, deren Standorte der Betreiber „Pionext“ zunächst vorge- schlagen hatte. Darin heißt es: „Aktuell wird auf Grundlage verschiedener Stel- lungnahmen durch die zuständigen Behör- den unter anderem geprüft, inwieweit es Konflikte mit der Sicherheit des Flugver- kehrs gibt. Aufgrund von Bedenken im westlichen Teil des derzeitigen Vorrangge- biets (vor der Hangkante) wurden dort vor- erst vier weitere von Pionext angebotene

Windenergieanlagen aus dem Planungs- prozess genommen. Zurzeit gehen die Kommunen davon aus, dass im Bereich hinter der Hangkante die Belange der Flugsicherheit berücksichtigt werden können.“

Mit anderen Worten: Die DFS sorgte dafür, dass sich die Zahl der Anlagen auf dem Weißen Stein von ursprünglich acht auf nur noch vier verringert hat. Aber gehen die nun geplanten vier für die DFS in Ordnung? Das weiß man – noch – nicht, denn die DFS habe „mitgeteilt, dass sie derzeit keine Stellungnahme abgeben kann“. Das liegt wohl daran, dass sie im Moment noch zu wenig über die Anlagen – zum Bei- spiel den genauen Standort oder die Höhe – weiß. Diese Fragen würden dann im Genehmigungsverfahren geklärt – sollte denn der Bürgerentscheid am Son- tag einen Windpark ermöglichen. In diesem Verfahren wird auch das Regierungspräsi- dium Stuttgart als Landesluftfahrtbehörde beteiligt. Seine Beurteilung der konkreten Anlagen beruht dann allerdings auf einem neuen Gutachten der DFS, wenn Standorte und Daten der vier Windräder bekannt sind.

Stand heute, so ergab ein Anruf bei Pe- tra Schelkmann vom Verband Region Rhein-Neckar – er weist die potenziellen Standorte für Windparks aus – „gibt es kei- ne Anhaltspunkte dafür, dass die vier ge- planten Windräder nicht genehmigt wer-

den könnten. Aber auch hier: Mehr wisse man erst dann, wenn die Planungen nach dem Bürgerentscheid weitergehen dürften. Das komplizierte Genehmigungsverfahren umfasse dann zum Beispiel die von beiden Kommunen geforderte artenschutzrecht- liche Prüfung – das bezahlt der Betreiber –, aber auch alle Aspekte der Flugsicherheit.“

Unterdessen erreichte die RNZ eine Stellungnahme von Dieter Teufel, dem Leiter des Umwelt-Prognose-Instituts Heidelberg, in dem er mehre- re Aussagen in der Info-Broschüre zum Bürgerentscheid, die das „Forum Energiedialog“ verfasst hat, für „ver- harmlosend“ hält. Teufel stellt dabei drei Dinge richtig:

> Der dauerhafte Flächenbedarf eines Windrads wird in der Broschüre mit „bis zu 0,6 Hektar“ angegeben, der temporäre Flächenbedarf mit 0,4 Hektar. Diese Zahl stamme aus einer Statistik bisheriger Windräder: „Diese waren jedoch deutlich kleiner als die auf dem Weißen Stein geplanten (sieben Megawatt). Für Anlagen heutiger Größe muss eine wesentlich grö- ßere Waldfläche dauerhaft gerodet werden. Bei den aktuell bei Spechbach geplanten Sechs-Megawatt-Windrädern liegt nach den Genehmigungsunterlagen der dauer- hafte Flächenbedarf bei 2,3, der temporäre bei 1,8 Hektar pro Windrad. Das ist 3,8 be- ziehungsweise 4,5 mal so viel, wie in der Broschüre behauptet“, stellt Teufel fest.

> Der Eingriff von Windrädern in das Ökosystem Wald sei mitnichten nur auf die Rodung an den Anlage-Standorten be- grenzt: „Untersuchungen zeigten, dass die Lebensraumverluste windradempfindli- cher Arten durch Meidung der Anlagen- standorte rund 20 bis 50 mal so groß sind wie die Fläche des gerodeten Waldes.“

> Die Zahl der tatsächlich am Weißen Stein möglichen Windräder sei offen, es müsse also nicht bei den momentan vier geplanten bleiben. Nach einer Novelle des Erneuer- bare-Energien-Gesetzes von 2023 hätten Windenergieanlagen im Genehmigungs- verfahren Vorrang und gehen als „vorrän- giger Belang in die jeweils durchzuführen- den Schutzgüterabwägungen“ ein. Dies gelte sowohl für Belange des Naturschutzes als auch der Flugsicherheit, die sich dem Windkraftausbau unterordnen müssten. Würden diese vier Windräder auf dem Wei- ßen Stein „aber erst einmal gebaut und die dafür nötigen Stromleitungen, Zuwegun- gen, Gutachten und Planungsunterlagen erstellt, wäre es sehr wahrscheinlich, dass deren Zahl deutlich vergrößert wird“. In Baden-Württemberg seien das Hauptpro- bleme die hohen Investitionsnebenkosten für Windräder, da die meisten im Wald geplant würden. Daher lohne sich der Bau mög- lichst vieler Anlagen an einem Standort. Teufel schlussfolgert: „Wäre hier erst ein- mal die Infrastruktur im Wald geschaffen, ist es wahrscheinlich, dass bald weitere Windenergieanlagen folgen würden.“

Teufel kritisiert Info-Broschüre

> Der dauerhafte Flächenbedarf eines Windrads wird in der Broschüre mit „bis zu 0,6 Hektar“ angegeben, der temporäre Flächenbedarf mit 0,4 Hektar. Diese Zahl stamme aus einer Statistik bisheriger Windräder: „Diese waren jedoch deutlich kleiner als die auf dem Weißen Stein geplanten (sieben Megawatt). Für Anlagen heutiger Größe muss eine wesentlich grö- ßere Waldfläche dauerhaft gerodet werden. Bei den aktuell bei Spechbach geplanten Sechs-Megawatt-Windrädern liegt nach den Genehmigungsunterlagen der dauer- hafte Flächenbedarf bei 2,3, der temporäre bei 1,8 Hektar pro Windrad. Das ist 3,8 be- ziehungsweise 4,5 mal so viel, wie in der Broschüre behauptet“, stellt Teufel fest.

NOTDIENSTE

Apotheken. Ap. Schmitt, HD-Handschuhs- heim, Steubenstr. 44, Tel.: 06221 400042. arz

LESERBRIEFE

Windkraft: Antwort auf den Leserbrief von Christoph Randt (RNZ vom Montag)

Gibt genug Argumente

Mir ist sehr wohl bewusst, werter Herr Randt, dass neben „Gegenwind Bergstra- ße“ auch andere Organisationen die Wind- kraftanlagen im Schriesheimer Wald ver- hindern wollen. Allerdings vertritt auch der Verein „Energiewende Bergstraße“ nicht weniger als 13 Parteien und Initiativen! Daher erschien es mir legitim, dieses „Büh- nenduell“ exemplarisch für die Pro- und Contra-Positionen hervorzuheben. Der „Punktsieger“ basierte auf den von mir erwähnten „stichhaltigen Plädoyers“, die auch vom Publikum mit Beifall gutiert wurden. Da die „Jasager“- und „Neinsager“-Argumente in zahlreichen RNZ-Arti- keln, Infobroschüren, Vorträgen, Leser- briefen und beim Gemeinde-Infoabend fast bis zum Wiederkäuen kommuniziert wur- den, wollte ich die RNZ-Leserschaft nicht auch noch damit belästigen. So weit zu Ihrer Behauptung „mangels Argumenten“! Wenn Sie den neben Ihrem Brief platzierten RNZ-Aufmacher über den Bürger- meister von Simmerath und dessen „Win- dkraft im Wald“-Erfolge gelesen haben, wächst ja vielleicht auch Ihr Verständnis für die „Neinsager“ im Bürgerentscheid am 9. November!

Joseph Weisbrod, Schriesheim

Windkraft: Vortrag des Bürgermeisters von Simmerath, Bernd Goffart (RNZ vom Montag)

Es geht nur ums Geld

Beim Anblick der Plakate von Energie- wende und SPD, bei den Informationsver- anstaltungen der Gemeinden und – last but not least – beim Vortrag des Bürgermeis- ters von Simmerath bekomme ich den Ein- druck: Letztendlich dreht sich alles ums liebe Geld. Im Kern steht die Haltung „Wer braucht schon das bisschen Naturschutz, wenn man doch mit einigen Industrieanla-

gen im Wald nicht nur den Gemeindehaus- halt sanieren, sondern auch für die Bürger die Kosten senken und Kindergärten und Spielplätze bauen kann?“ Konkrete Zusä- gen seitens der Gemeinden Schriesheim und Dossenheim gibt es allerdings nicht, weder für eine Deckelung der Grundsteuer noch für die Senkung der Stromkosten, noch nicht einmal für einen Spielplatz.

Das Problem der klammern Gemein- de-kassen ist in allen Bundesländern präsent. Pacht und Gewinnbeteiligung aus Wind- kraft sind da leider nur ein kleines Pflaster für wenige, keine Heilung. Ich gebe zu bedenken, dass diese Einnahmen nicht er- werbschaftet werden, sondern sich über Steuern und Strompreis finanzieren (2024 allein 18,5 Milliarden Euro für Einspeise- vergütungen aus dem Bundeshaushalt). Linke Tasche, rechte Tasche – das macht keinen Sinn und schon gar nicht mit dem Umweg über Projektierer und Betreiber.

Deutschland hat große Fortschritte beim Ausbau der Erneuerbaren gemacht, und das ist gut so, in Europa sind wir Vor- reiter. Es bleibt zu hoffen, dass wir die Pro- bleme der Speicherung, des Netzausbaus und der Abhängigkeit von Seltenen Erden in den Griff bekommen. Und: Es gibt aus- reichend Flächen im Offenland, wir müssen wertvolle Waldgebiete nicht belasten.

Die unbequeme Antwort auf die Frage „Wer braucht schon das bisschen Natur- schutz?“ ist jedoch: wir! Das Ökosystem, zu dem auch wir gehören, ist wie ein großes Netz: Wird es löchrig, wird es schlussend- lich reißen. Auch vier Löcher in einem wertvollen Schutzraum sind zu viel. Des- halb sage ich beim Bürgerentscheid Ja zu Erneuerbaren Energien und Naturschutz. Ulla Mayfield, Schriesheim

Windkraft: Vortrag des Bürgermeisters von Simmerath, Bernd Goffart (RNZ vom Montag)

Es gibt Unterschiede

Im Vortrag wurde auf Simmerath in der Eifel verwiesen – doch die Bedingungen dort sind ganz andere als bei uns:

1. Fläche und Wald: Simmerath ist rund dreieinhalbmal so groß wie Schriesheim,

die Waldfläche etwa ein Drittel größer. Dort wird Holz wirtschaftlich „wie ein Weizen- feld“ (Goffart) genutzt, während unser Wald ein artreicher Naturwald im Landschaftsschutzgebiet ist.

2. Windverhältnisse: In der Eifel weht der Wind ungebremst vom Atlantik; laut windy app ist er etwa doppelt so stark wie hier – ein entscheidender Faktor für Wirt- schaftlichkeit.

3. Finanzen: Simmerath hat zwei große Produktionsbetriebe, deren Gewerbeste- uer laut Goffart „nicht kalkulierbar“ sei, eine Schwimmhalle und ein Freibad und ist auf zusätzliche Einnahmen angewiesen. Schriesheim steht finanziell stabiler da.

4. Tourismus und Landschaftschutz: Das für Windräder geplante Gebiet bei uns liegt im Unesco-Geo-Naturpark Bergstra- ße-Odenwald – einer landschaftlich und touristisch wertvollen Region. Simmerath liegt hingegen am Rande des Nationalparks Eifel, in dem keine Windräder aufgestellt werden dürfen.

Fazit: Die Unterschiede zwischen Sim- merath und Schriesheim sind erheblich. Wir sollten beim Bürgerentscheid genau abwägen, was für Schriesheim, unseren Wald und unsere Landschaft wirklich sinnvoll ist.

Thomas Rakow, Schriesheim

Windkraft: Antwort auf den Leserbrief von Thomas Rinneberg (RNZ vom Donnerstag)

Anders investieren

Wenn Herr Rinneberg meint, dass die Bür- ger genervt seien, dann aber auch weil „Energiewende Bergstraße“ moralisch ar- gumentiert und damit steuerliche Umver- teilung und höhere Stromkosten voran- treibt. In meinem Leserbrief hatte ich mich auf die konkrete Mehrbelastung durch vier Windräder vor Ort im Wald beschränkt.

Herr Rinneberg bringt aber Zahlen vom Internationalen Währungsfonds, die zum Großteil fiktive Kosten enthalten, wie zum Beispiel 1,392 Billionen Euro für die so- zialvertragliche Abwicklung des Stein- kohlebergbaus.

Beim Bürgerentscheid geht es darum, was die vier Windräder bei fehlenden Spei- cherkapazitäten und Überlandleitungen an zusätzlicher EEG-Umlage und Netzregu- lierung den Bürgern abverlangen und wel- cher Schaden dafür in Kauf genommen wird. Es ist für das Gelingen der Energie- wende effektiver, zuerst in bestehende Netze und künftige Speicherkapazitäten zu investieren, bevor das Netz weitere Win- dkraftkapazitäten aufnehmen kann. Es geht um physikalisch und wirtschaftlich sinn-

volle Maßnahmen und nicht um hektische Pflichterfüllung. Mit Moral in der Politik zu argumentieren, hilft nicht, denn jedes „Milieu“ hat seine eigene Moral. Man muss deshalb nicht gegen Windkraft sein, um mit Ja für den Wald zu stimmen.

Hartmut Kowalinski, Hirschberg

Windkraft: Bürger-Info-Veranstaltungen in Schriesheim und Dossenheim

Geld stinkt nicht

Im Rahmen der Energiewende sind poli- tisch vier Windkraftanlagen beim „Weißen Stein“ geplant, obwohl vom Verband Re- gion Rhein-Neckar im Umweltbericht von 2024 und in vielen anderen Studien der Weiße Stein wegen der hohen Umweltaus- wirkungen als eindeutig „nicht geeignet“ bewertet wurde. Frage: Wird hier von der Kommune aus pekuniären Gründen (pe- cunia non olet, Geld stinkt nicht) – der Be- treiber zahlt hier eine Pacht in Millionen- höhe an die Kommune – eine Entscheidung gegen den Schutz des Waldes und gegen die Artenvielfalt seltener Tiere getroffen? Die Bürger von Dossenheim und Schriesheim können am 9. November für den Natur- schutz im Wald mit Ja stimmen.

Hans Breiden, Dossenheim

Advertisement for the referendum. It features a photo of Jens Keienburg, Chairman of the CDU in Schriesheim, with the text: 'Ich stimme im Bürgerentscheid NEIN Klimaschutz vs. Schutz des Waldes, Investitionskosten vs. Energienutzen. Meine Tendenz ist pro Windkraft - Informieren lohnt sich!' Below the text are logos for CDU, SPD, and other political parties.